

Zukunft des zweiten Arbeitsmarktes / "Die Initiatoren beim Worte nehmen" Hans-Jügen Karge, CDU-Bundestagskandidat, hält weitere Diskussion um Formen des zweiten Arbeitsmarktes für fruchtbar

Dessau/MZ/rk. Die Zukunft der Dessauer Arbeits- Beschäftigungs- und Strukturförderungsgesellschaft mbH (DABS) wird von den Volksvertretern der verschiedenen Fraktionen durchaus unterschiedlich gesehen. So hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Erwin Prescher in einer vom Landtagswahlkampf geprägten April-Sondersitzung zum Thema "Wie weiter mit der DABS" die Funktion der großen Beschäftigungsgesellschaft sogar prinzipiell zur Disposition gestellt. Wohlgemerkt: die der DABS - nicht des zweiten Arbeitsmarktes generell. Der Mittelstand, namentlich die Bauinnung, so hatte die Unionsfraktion in einem Antrag dargelegt, könne eine nicht geringere Zahl von ABM-Mitarbeitern in eigener Regie beschäftigen - und diese zudem allemal besser an den regulären, den ersten Arbeitsmarkt heranführen, als dies die DABS vermöge.

Die Stadtratsmehrheit war von diesem Ansatz nicht zu überzeugen. Die DABS wird weiterarbeiten, nun mit einer neuen Satzung und einem Aufsichtsrat, in dem auch die Kommunalpolitiker vertreten sind. Diese Grundsatzentscheidung aber bedeutet längst nicht den grundsätzlichen Abschluß der Diskussion über die Zukunft des zweiten Arbeitsmarktes. Und tatsächlich hat sich in der vergangenen Woche der öffentliche Streit um die DABS erneut entzündet. "Die DABS als Dorn im Auge", war ein MZ-Bericht über eine Mittelstandsdiskussion der Kleinkühnauer CDU-Ortsgruppe mit Gewerbetreibenden überschrieben. Die Reaktion kam prompt: Oberbürgermeister Hans-Georg Otto und DABS-Geschäftsführer Frank Lehmann wiesen zurück, was aus ihrer Sicht zurückzuweisen war: Die ABM-Praxis in Dessau orientiere sich strikt an den Rahmengesetzgebungen des Bundes. Wenn überhaupt berechtigte Kritik an dieser Praxis geübt werden könne, dann sei diese in Dessau falsch adressiert, so die Konter-Argumentation.

Für Hans-Jürgen Karge, Kommunalpolitiker aus dem Nachbarkreis Bitterfeld und - wichtiger noch für aus Dessauer Sicht - Direktkandidat der CDU im gemeinsamen Dessau-Bitterfelder Bundestagswahlkreis 289, darf damit eine überaus notwendige Diskussion nicht in Konfrontation und beiderseitiger Rechthaberei enden. "Natürlich bin ich nicht mit den speziellen Vorgänge in der und um die DABS vertraut, aber ähnliche Gesellschaftsmodelle gibt es ja auch im Kreis Bitterfeld. Für richtig halte ich, daß neue Ideen gefragt sind, wie die unverzichtbare Funktion von AB-Maßnahmen und anderen Programmen zur öffentlich geförderten Beschäftigung unter heutigen und künftigen Bedingungen am zweckdienlichsten organisiert werden sollte", sagte der CDU-Bundestagskandidat gegenüber der MZ. Und er verwies auf einen Leitfaden zur Anregung von Arbeitsmarktinitiativen der CDU-Bundestagsabgeordneten der neuen Länder, in dem eine Vielzahl von Möglichkeiten aufgelistet sind.

Ob die von seinen Parteifreunden unterstützten Vorschläge der Bauinnung, die ABM in Eigenregie zu übernehmen, bei der gegebenen Gesetzeslage realisierbar wären? Auf alle Fälle, so meint Hans-Jürgen Karge, sollte man sich ernsthaft und unvoreingenommen mit solchen Gedanken auseinandersetzen und diese nicht von vornherein abblocken. "Man muß aufeinander zugehen. Wenn ein Angebot von dieser Seite kommt, so würde ich die Initiatoren beim Worte nehmen, das Gespräch suchen", versucht Karge zu vermitteln. Denn sicher sei, daß eines der wesentlichen Anliegen von AB-Maßnahmen, nämlich Arbeitslose möglichst schnell wieder dauerhaft an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, auf solchen Wegen eher zu verwirklichen wäre als in AB-Gesellschaften.

Und auch wenn dabei als prinzipiell richtig Erkanntes im Rahmen gegenwärtiger Gesetze nicht genutzt werden könne, so sieht der Unionspolitiker dies eher als Anregung, gegebenenfalls Gesetze auch zu ändern. Ungeachtet dessen, daß in der Tagesarbeit in den Kommunen natürlich der gesteckte Gesetzesrahmen erstmal das Maß des Möglichen sei und keine Chance vergeben werden dürfe. Kein Rahmen für alle Zeiten freilich sei dies, meint Karge: "Und von wem sollten die Anregungen zu einer Erweiterung der Möglichkeiten kommen, wenn nicht von denen, die täglich unmittelbar mit den Problemen konfrontiert sind?" Kommentar

Quelle:	Mitteldeutsche Zeitung vom 07.08.1998
Dokumentnummer:	9566B24113328A79270284F12D68A52D

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.genios.de/document/MZ_f78001e24fc24f6c9bd0cbae833c24393baabd75

Alle Rechte vorbehalten: (c) Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH

